Paul Lehnrieder

- (A) tel der Abgeordneten sind Frauen. Die einzige Partei, die auf die Männer aufpassen muss, sind die Grünen. In der Fraktion der Grünen gibt es 30 Frauen und 21 Männer.

(Beifall der Abg. Irmgard Schewe-Gerigk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Liebe Frau Schewe-Gerigk, diskriminieren Sie die Männer nicht!

(Caren Marks [SPD]: Man sollte so ein Thema nicht so ins Lächerliche ziehen!)

Die CDU/CSU-Fraktion ist die erste Fraktion im Deutschen Bundestag, die von einer Bundeskanzlerin geführt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Des Weiteren sind vier der sechs Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Frauen. Immerhin zehn der 22 ständigen Ausschüsse werden von Frauen geleitet. Wir haben im Deutschen Bundestag schon viel erreicht. Gleichwohl bedarf es weiterer gleichstellungspolitischer Anstrengungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Dass der Wunsch besteht, die eingegangenen Rollenbindungen ein Stück weit aufzugeben, kann man zum Beispiel an den vorliegenden Zahlen zu dem neu eingeführten **Elterngeld** und an dessen Erfolg ablesen.

(Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: Sie waren doch absolut dagegen!)

- (B) Die Vätermomente werden – die Frau Ministerin hat das bereits angesprochen – überdurchschnittlich gut, vier- bis fünfmal so stark wie vor der Einführung, angenommen. Gerade in Bayern ist die von vielen Kolleginnen und Kollegen unterstellte stereotype Rollenaufteilung längst Vergangenheit. Das bisherige Bild muss revidiert werden; denn Bayern ist mit Berlin Spitzenreiter, was die Bewilligung von Vätermomenten angeht. Stolz 12,5 Prozent aller Väter haben 2007 einen Elternantrag gestellt.

(Caren Marks [SPD]: Vor Jahren haben Sie das noch als Wickelvolontariat abgetan!)

Frau Tackmann, im Landkreis Würzburg waren es sogar 15,96 Prozent, und das bei einer durchschnittlichen Inanspruchnahme von drei bis vier Monaten. Da sage noch einer etwas gegen den Willen bayerischer Männer, sich der Gleichberechtigung zu stellen und mitzumachen!

(Elke Ferner [SPD]: Ihr hattet doch am meisten Angst vor dem Wickelvolontariat!)

Meine Redezeit gerät allmählich ins Minus. Ich hätte sehr gerne noch ein paar andere interessante Aspekte erwähnt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bei meiner Fraktion für die Möglichkeit, als einziger Mann zumindest ein paar Sätze zu diesem Thema sagen zu dürfen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Herr Präsident, zum Schluss möchte ich Folgendes kurz ansprechen: Wie Gleichstellung funktioniert, sieht man an der Blaskapelle aus der Oberpfalz, die auf der Zuschauertribüne Platz genommen hat.

(Caren Marks [SPD]: Ah, deshalb! Deshalb durften Sie reden!)

(C)

Darunter sind viele engagierte junge Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir diese Frauen nicht hätten, wäre mancher Blaskörper nicht mehr spielbereit. Herzlichen Dank und viel Spaß in Berlin!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache, die, wie ich noch einmal erwähnen möchte, nicht wie vereinbart 75, sondern beinahe 100 Minuten gedauert hat.

Wir kommen nun zu den Überweisungen. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/5807 und 16/8373 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8416 in der geänderten Fassung soll an dieselben Ausschüsse wie die Vorlage auf Drucksache 16/5807 überwiesen werden. Damit sind Sie doch sicher einverstanden? – Das ist der Fall. Dann haben wir das so beschlossen.

Wir kommen zum Zusatzpunkt 5. Hier geht es um die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Gleichstellung von Frauen und Männern in den Gremien des Bundes tatsächlich durchsetzen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8412, den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/7739 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

(D)

Wir rufen die Tagesordnungspunkte 23 a bis 23 e auf:

- 23 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Martina Krogmann, Laurenz Meyer (Hamm), Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Martin Dörmann, Dr. Rainer Wend, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Breitbandversorgung in ländlichen Räumen schnell verbessern

– Drucksache 16/8381 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Gudrun Kopp, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Datenbasis für flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internetzugang schaffen

– Drucksache 16/7862 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Lothar Bisky, Katrin Kunert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Schnelles Internet für alle – Unternehmen zum Breitbandanschluss gesetzlich verpflichten

– Drucksache 16/8195 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

- (B) d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Grietje Bettin, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Ausbau der Breitbandinfrastruktur flächendeckend voranbringen

– Drucksache 16/8372 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

- e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Energieverbrauch von Computern senken

– Drucksache 16/8374 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Kultur und Medien

Diese Debatte soll nach einer interfraktionellen Vereinbarung eine Stunde dauern. – Auch hierzu stelle ich Einvernehmen fest. Dann ist das so beschlossen. (C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst die Kollegin Dr. Martina Krogmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Debatte geht es darum, dass wir die flächendeckende Versorgung unseres Landes mit schnellen Internetanschlüssen voranbringen wollen. Dabei geht es um viel mehr als nur um Technik. Es geht darum, dass eine moderne **Breitbandinfrastruktur** heute die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die wirtschaftliche Dimension. Aber für jeden Einzelnen ist ein schneller Internetanschluss sozusagen das Tor zur digitalen Welt. Es geht um neue Kommunikationsformen, um neue Netzwerke und auch um gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist es unser Ziel, dass jeder in Deutschland, egal wo er lebt und arbeitet, an diesen Chancen der globalen Informationsgesellschaft teilhaben können muss. Dafür brauchen wir einen flächendeckenden Breitbandanschluss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Ausgangslage in Deutschland ist hervorragend. Wir haben heute fast 20 Millionen Breitbandanschlüsse, und wir haben im internationalen Vergleich aufgeholt. Wir hatten im vergangenen Jahr das größte absolute Wachstum, was die Zahl der Anschlüsse innerhalb der Europäischen Union betrifft, im Übrigen auch dank zahlreicher Initiativen vor allem des Bundeswirtschaftsministeriums, aber auch des Ministeriums für Bildung und Forschung und des von der Kanzlerin ins Leben gerufenen IT-Gipfels, bei dem das ein zentrales Thema war. (D)

(Gustav Herzog [SPD]: Jetzt vergessen Sie aber das Landwirtschaftsministerium!)

Die Ausgangslage ist also gut, aber wir stehen vor großen Herausforderungen, was die Schere angeht, die sich in den letzten Jahren zwischen den Ballungszentren und vielen **ländlichen Regionen** aufgetan hat. Wir haben heute in den Ballungszentren einen wirklich erfreulichen Wettbewerb von vielen verschiedenen Anbietern, die sich gerade hier in Berlin fast jeden Monat bei der Geschwindigkeit des Internetzugangs überbieten und sich gleichzeitig beim Preis unterbieten. Ganz anders sieht es in vielen ländlichen Regionen aus. Nach vorsichtigen Schätzungen sind immer noch 2 000 bis 2 500 Kommunen heute entweder gar nicht versorgt, also völlig von einem schnellen Anschluss abgekoppelt, oder unterversorgt. Wenn man, wie ich finde, heute eine Größenordnung von mindestens 1 Megabit pro Sekunde ansetzt, dann kommt man zu dem Schluss: Es sind auch nach

Dr. Martina Krogmann

- (A) vorsichtigen Schätzungen rund 4 Millionen Haushalte in Deutschland immer noch abgekoppelt.

Die negativen Folgewirkungen für die betroffenen Kommunen machen sich schon heute bemerkbar. Unternehmen wandern ab, natürlich leidet die Attraktivität als Wohnort, die Finanzkraft der Kommunen geht verloren. Ich kenne ein Ingenieurbüro in Oederquart.

(Jörg Tauss [SPD]: Vielleicht kennen Sie auch ein Industriegebiet in Brittheim! – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Das ist in der Nähe von Stade! – Beifall bei der CDU/CSU)

– Oederquart liegt tatsächlich im schönen Landkreis Stade, Laurenz Meyer. Es freut mich, dass du Oederquart kennst.

Das Ingenieurbüro, von dem ich berichten wollte, hatte das Problem, dass es die Datenmengen gar nicht mehr bewältigen konnte, weshalb es jetzt umgezogen ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Also doch Universaldienst!)

Oder nehmen wir die alleinerziehende Mutter aus Oberndorf im Landkreis Cuxhaven, die sich über das Internet mit Kursen weiterbilden will, aber ohne einen Breitbandanschluss diese Kurse gar nicht nutzen kann. Alle reden über das Web 2.0, MySpace und YouTube, nur die Menschen in den unterversorgten Gebieten nicht, weil sie daran gar nicht teilhaben können.

- (B) Ich will bei diesem Thema deutlich sagen: Es darf nicht sein, dass ganze Kommunen nicht in der Lage sind, an den Chancen teilzuhaben, nur weil sie aus kleinen Orten bestehen, deren Topografie nicht stimmt, oder weil sie per se abgekoppelt sind, da sie vom nächsten DSL-Hauptverteiler zu weit entfernt sind.

Auch aus Gründen der inneren Balance unseres Landes, also des Ausgleichs zwischen den Städten und den ländlichen Regionen, ist es unser Ziel, dafür zu sorgen, dass jeder an den wirtschaftlichen und an den gesellschaftlichen Chancen der Informationsgesellschaft teilhaben kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch Folgendes hinzufügen: Gerade für die ländlichen Räume bedeutet eine flächendeckende Breitbandversorgung die größten Chancen, weil die strukturellen Ungleichheiten, also die großen Entfernungen, durch das Internet völlig obsolet werden. Es ist ganz egal, ob man in Kutenholz, in New York oder in Berlin wohnt: Man hat theoretisch überall die gleichen Möglichkeiten.

Wir, die Große Koalition, fordern in unserem Antrag ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um zu einer flächendeckenden Breitbandversorgung in Deutschland zu kommen. Ich will unsere drei wichtigsten Punkte, unsere Leitprinzipien, vorstellen.

Der erste Punkt ist, dass wir den **Wettbewerb** stärken müssen. Ich habe es vorhin gesagt: Wettbewerb gibt es in Ballungszentren. In Deutschland fehlt aber nach wie vor, auch aus historischen Gründen, ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen Übertragungstechnologien. Über 90 Prozent der Anschlüsse bei uns basieren auf der DSL-Technik. Internationale Studien zeigen: Je größer der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Technologien – DSL, Kabel, Funktechnologien – ist, desto erfolgreicher sind die entsprechenden Länder in der Flächenabdeckung. (C)

Zu einem stärkeren Wettbewerb gehört unabdingbar, dass wir bei der Vergabe von Frequenzen effizienter werden. Demnächst werden viele Frequenzen frei, gerade aus dem Rundfunkbereich. Deshalb ist es wichtig, dass wir zumindest Teile davon für die Erschließung der ländlichen Räume nutzen; denn gerade sie sind über Funk am besten zu erschließen.

Der zweite – ganz wichtige – Punkt ist, dass wir die Information und die **Markttransparenz** verbessern. Ich kann alle Bürgermeister verstehen, die sagen: Ich kenne mich da doch gar nicht aus; ich kann doch nicht erst ein Technikstudium absolvieren, um zu wissen, welche Lösung für meine Gemeinde die beste, die effektivste und die preisgünstigste ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich habe eine Bürgermeisterin, die weiß es ganz gut!)

– Das spricht kurz vor dem Internationalen Frauentag sehr für Ihre Bürgermeisterin, Herr Tauss. Vielen Bürgermeisterinnen im Land geht es aber genauso wie den Bürgermeistern, von denen ich gesprochen habe. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Es ist wichtig, dass wir die zahlreichen Initiativen, die es schon heute gibt, bündeln. Wir fordern deshalb eine Taskforce im Bundeswirtschaftsministerium, die ganz konkrete Hilfestellungen für jede der bisher unterversorgten Kommunen gibt. Es gibt ganz einfach keine generellen Lösungen. Was für die eine Kommune technisch gut ist, muss für eine andere Kommune noch lange nicht gut sein. Es ist wichtig, zu begreifen, dass es um Hilfe zur Selbsthilfe geht. Vieles hängt deshalb auch von der Eigeninitiative der betroffenen Kommunen ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Der dritte für uns wichtige Punkt ist, dass es – das müssen wir ehrlicherweise sagen –, wenn wir die Fläche schnellstmöglich erschließen wollen, Kommunen und auch Ortsteile geben wird, die auch bei mehr Wettbewerb nicht schnell erschlossen werden können. Wir begrüßen daher, dass die **Bundesregierung** Verantwortung übernommen hat. Sie hat beschlossen, dass in den nächsten drei Jahren 30 Millionen Euro für die Flächenabdeckung zur Verfügung gestellt werden, kofinanziert durch die Länder.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Martina Krogmann

- (A) Das ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen aber auch konstatieren, dass das allein nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Unser Vorschlag lautet daher, dass man die Erlöse aus der Versteigerung der Frequenzen, die dem Bund zustehen, wenigstens zum Teil zurückgibt, um so die Flächenabdeckung schnellstmöglich erreichen zu können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen einen riesengroßen Schritt vorangehen werden. Dies muss schnell passieren, damit wir unser Ziel erreichen können, nämlich dass jeder und jede in Deutschland, egal wo er oder sie lebt und arbeitet oder ein Unternehmen hat, an den Chancen der Informationsgesellschaft teilhaben kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Hans-Joachim Otto von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Dr. Krogmann, zunächst einmal sind wir sehr dankbar dafür, dass Sie und alle übrigen Fraktionen die Initiative der FDP-Fraktion aufgegriffen haben und sich jetzt auch um das Thema kümmern.

- (B) (Beifall bei der FDP – Lachen bei der CDU/CSU und der SPD – Gustav Herzog [SPD]: Die FDP erfindet das Telefon!)

– Schauen Sie doch, welcher Antrag zuerst da war! Schauen Sie bitte rein! – Ich frage mich allerdings, warum Sie sich nicht einfach unserem Antrag angeschlossen und Sie eigene Anträge aufgesetzt haben.

In Ihren Anträgen fehlt dazu noch der entscheidende Punkt. In der Problembeschreibung, liebe Frau Kollegin Krogmann, sind wir uns noch alle einig: Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und seiner Regionen sowie Tausende Arbeitsplätze hängen maßgeblich von der Verfügbarkeit von Breitbandinternetzügen ab; das gilt ebenfalls für das erste Thema heute im Plenum, nämlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Bildungschancen. Entsprechend verheerend sind die Auswirkungen der weißen Flecken auf die wirtschaftliche, demografische und kulturelle Struktur und damit letztlich auf die Überlebensfähigkeit der betroffenen Regionen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU])

Bei der Problembeseitigung verkennen Sie allerdings die Priorität des Handlungsbedarfs. Die FDP-Fraktion hat auf Initiative meines verehrten Kollegen Martin Zeil

(Ernst Burgbacher [FDP]: Guter Mann!)

im Dezember eine Expertenanhörung durchgeführt.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Stimmt!)

(C)

Bei dieser Anhörung waren führende Vertreter aus Wissenschaft, Industrie und von der staatlichen Regulierung anwesend. Sämtliche Experten – ich wiederhole: sämtliche – waren der Auffassung, dass die Hauptursache der weißen Flecken das Fehlen einer detaillierten und belastbaren **Datenbasis** ist.

Eine solche Datenbasis liefert der Breitbandatlas der Bundesregierung leider mitnichten. Insofern teile ich auch das hohe Lob auf diesen Atlas nicht. Sie sagen es in Ihrem Antrag selbst: Er ist nicht präzise genug. Er schafft somit keine ausreichende Grundlage für Investitionsentscheidungen.

Diese Einschätzung – fehlende Datenbasis – teilen im Übrigen der vatm, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Deshalb haben sie auch einen entsprechenden Appell an die Politik gerichtet, den wir in unserem Antrag unterstützen.

Weder der Antrag der Koalitionsfraktionen noch der der Grünen geht auf diese zentrale Investitionsvoraussetzung explizit ein. Ihre – ich sage: altbekannten – Forderungen lauten: ein paar Fördersubventionen hier, ein paar Frequenzen dort, garniert mit der obrigkeitstaatlichen Keule der Universaldienstverpflichtung. Ihr besonderer Clou ist die Einrichtung einer Taskforce beim Bundeswirtschaftsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

(D) Das ist schon fernsehtauglich. Bisher hatten wir die „Super Nanny“. Jetzt haben wir den „Super Glosy“, der da durch die Gegend rennt. Das finde ich schon super.

(Beifall bei der FDP)

Ich prophezeie Ihnen: Ihr Vertrauen auf die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen wird erneut enttäuscht. Ihre Annahme, dass der **Wettbewerb** unfähig oder nicht willens sei, auch ländliche Regionen zu versorgen, ist falsch. Jede staatliche Förderung nach dem Gießkannenprinzip, auch die Umleitung der UMTS-Gelder, verkennt die örtlichen Besonderheiten. Ob TV-Kabel, DSL, Satellit oder Funk, es bedarf jeweils einer anderen technologischen Lösung, um zum Beispiel die Ostfriesischen Inseln – den Ort, den Sie genannt haben, habe ich leider vergessen –

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Oederquart!)

oder bayerische Alpendörfer ans Breitbandnetz zu bringen.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber auch finanzierbar!)

Die Experten sagen unisono: Wir brauchen belastbare und präzise Daten über demografische, topografische und ökonomische Gegebenheiten, um zu wissen, wie am erfolgversprechendsten investiert werden kann und welche Technologie wo am sinnvollsten ist.

(Klaus Barthel [SPD]: Das ist doch Planwirtschaft!)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

- (A) Alles andere muss dann der Wettbewerb leisten – das kann er auch –,

(Beifall bei der FDP)

und zwar nicht nur über die großen Telekoms dieser Welt, sondern vor allem auch über die regionalen und innovativen Anbieter.

Die diesjährige CeBIT, die ja derzeit in Hannover stattfindet, zeigt, dass unser Vertrauen in den Wettbewerb berechtigt ist. Arcor präsentiert dort beispielsweise VDSL-Pilotversuche in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Es sind dort auch Satellitenangebote zu sehen, die bereits jetzt Downlink-Raten von 2 000 Kilobit und Uplink-Raten von 500 Kilobit ermöglichen.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Upload heißt das!)

Es präsentieren sich auch viele kreative Anbieter von Funklösungen.

Deshalb, meine Damen und Herren, appelliere ich an Ihre ökonomische Vernunft: Sorgen Sie für eine investitionsfeste Datenbasis! Lassen Sie dagegen die Finger von technologiefixierten Subventionen und auch von der Keule des Gesetzgebers! Millionen Bürger und Tausende Unternehmen in den ländlichen Regionen werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Also nichts tun! – Gustav Herzog [SPD]: Das war nicht überzeugend, Herr Kollege Otto!)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Martin Dörmann von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martin Dörmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des Internets wächst täglich. Die CeBIT hat in dieser Woche zahlreiche weitere Beispiele dafür gebracht. Immer mehr Dienste und Dienstleistungen werden im Internet angeboten, die die Bürgerinnen und Bürger täglich nutzen. Stichworte sind: Warenbestellungen per Internet, Onlinebanking, Kommunikationsforen, an denen man teilnehmen kann, Weiterbildungsangebote und schließlich auch die Möglichkeit, Telearbeitsplätze über das Internet zu bedienen.

Um diese Dienste adäquat nutzen zu können, reicht es nicht mehr, mit der herkömmlichen ISDN-Technik zu arbeiten, weil sie oft zu langsam ist. Nein, wir brauchen schnelle Internetzugänge mit hohen Bandbreiten. Erfreulich ist, dass in Deutschland auf diesem Gebiet eine sehr positive Entwicklung festzustellen ist. Wir nähern uns der Zahl von 20 Millionen Breitbandanschlüssen; gerade im letzten Jahr kamen 5 Millionen neue Anschlüsse hinzu. Damit liegen wir hinsichtlich der Quantität und auch der Qualität der Anschlüsse europaweit an der Spitze.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Funktionierender Wettbewerb sorgt für niedrige Preise. Aber von dieser positiven Entwicklung drohen einige ländliche Regionen abgekoppelt zu werden. Das muss uns mit Sorge erfüllen. Es wurde auf den von der Bundesregierung erstellten **Breitbandatlas** hingewiesen. Aus ihm geht hervor, dass für 97 Prozent der Haushalte die Möglichkeit besteht, einen Breitbandanschluss zu nutzen. Hierzu ist aber zu sagen, dass die Bandbreite für solche Anschlüsse heute höher liegt als noch vor einigen Jahren, weil die technische Entwicklung einfach fortschreitet. Wir brauchen heute realistischerweise Übertragungsraten von 1 Mbit pro Sekunde, damit wir die neuen Angebote auch wirklich nutzen können.

Vor diesem Hintergrund ist die Zahl, die Frau Kollegin Krogmann genannt hat, richtig: Wir müssen davon ausgehen, dass über 2 000 Gemeinden nicht über adäquate Anschlussmöglichkeiten verfügen. Das betrifft mindestens 1 Million Menschen und, wenn man noch höhere Bandbreiten zugrunde legt, möglicherweise auch noch viel mehr. Das bringt einen immensen Standortnachteil für die betroffenen Regionen und einen persönlichen Nachteil für die Betroffenen mit sich. Sie werden, da sie nicht an den Fortschritten der **Informationsgesellschaft** teilhaben können, von kultureller Entwicklung und sozialer Integration abgekoppelt. Deshalb muss es unser Ziel sein, die Möglichkeiten der Informationsgesellschaft für alle Menschen nutzbar zu machen, indem wir breitbandige Internetzugänge flächendeckend anbieten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Große Koalition will die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, damit das möglich wird. Hierzu haben wir ein Maßnahmenbündel geschnürt. Es reicht von staatlichen Fördermaßnahmen, die ergänzend eingesetzt werden sollen, über die Verbesserung der Informationsgrundlagen bis hin zu unterstützenden und koordinierenden Angeboten für die betroffenen Gemeinden. Dieses Konzept wollen wir aber mit den Beteiligten gemeinsam entwickeln. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen genauso zusammenarbeiten wie auch die Unternehmen und die Nutzer solcher Angebote.

Deshalb, sehr geehrter Herr Otto, sind Ihre Ausführungen hierzu völlig falsch. Die Große Koalition hat nämlich diesen Grundsatz im letzten Jahr wirklich befolgt, indem sie die Beteiligten an runden Tischen zusammengebracht hat,

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: So ist es!)

die dann in diesen Runden Überlegungen angestellt haben, was zu tun ist, um hier weiterzukommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist auch Ihre Behauptung falsch, dass wir hier Ihren Forderungen hinterherhechelten. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben ohnehin nur einen Ausschnitt der Lösungsmöglichkeiten in Ihrem Antrag. Insofern ist der viel zu dünn. Nächstes Mal sollten Sie nicht einen

Martin Dörmann

- (A) schmalbandigen, sondern wie die Große Koalition einen breitbandigen Antrag vorlegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist auch falsch, zu behaupten, dass wir nicht auf **Wettbewerb** setzen. Im Gegenteil! Es ist gerade der dynamische Wettbewerb in Deutschland, der uns bei der Verbreitung des Breitbandes nach vorne gebracht hat. Hier sind die Chancen überhaupt noch nicht ausgenutzt. Gerade in den ländlichen Räumen besteht die Möglichkeit, nicht nur auf DSL zu setzen, was aus Kostengründen sehr schwierig ist, weil der Ausbau von DSL ein Mehrfaches von dem kostet, was **andere Technologien** an dieser Stelle kosten würden. Es stehen neue Funktechnologien zur Verfügung, die geradezu prädestiniert sind, im **ländlichen Raum** genutzt zu werden. Leider ist die Diskussion in Deutschland viel zu sehr fixiert auf DSL, weil nun einmal 95 Prozent der Anschlüsse über diesen Bereich laufen. Aber es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, angefangen von den Kabelnetzen über moderne Glasfasernetze bis hin zu Satelliten und modernen Funktechnologien, zum Beispiel Wimax. Das muss genutzt werden.

Erfreulicherweise konnten wir gerade in den letzten Monaten feststellen, dass sich immer mehr Initiativen gebildet haben, um gerade diese Chancen zu nutzen. Es wurde schon erwähnt, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Konzept vorgelegt hat, das wir unterstützen. Es sind Wettbewerbsverbände, zum Beispiel vatm, unterwegs. Das alles sind sehr gute Initiativen, die durch Breitbandinitiativen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ergänzt werden.

- (B) „Vor Ort“ ist das Stichwort. In erster Linie kommt es darauf an, dass sich die Beteiligten vor Ort zusammensetzen, ausloten, welche Möglichkeiten es an dieser Stelle gibt, den Ausbau voranzutreiben, welche Technologien sinnvollerweise vielleicht sogar in einem Mix anzusiedeln sind. In unserem Antrag ist ja bereits deutlich hervorgehoben worden, dass natürlich die Daten- und Informationsbasis stimmen muss. Insofern wollen wir, dass der **Breitbandatlas** der Bundesregierung – gut, dass es ihn seit 2005 gibt – verbessert wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Verbessern ist gut!)

Das ist eine unserer zentralen Forderungen in dem Antrag. Auch hier, Herr Otto, greift Ihr Vorwurf zu kurz. Wir haben erkannt – das war beispielsweise das Ergebnis unseres runden Tisches im vergangenen Jahr –, dass es für die Unternehmen, die investieren wollen, entscheidend darauf ankommt, zu wissen, wo die weißen Flecken sind, mit wem man sprechen muss, mit welchem Technologiemix man je nach topografischer Lage die Möglichkeit hat, zum Erfolg zu kommen.

(Zuruf des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Das alles wird vonseiten der Bundesregierung unterstützt. Der Breitbandatlas soll nach Vorstellungen der Großen Koalition entscheidend verbessert werden. Da-

- rüber hinaus soll eine Taskforce eingesetzt werden, die ermittelt, wo weiße Flecken sind, und Hilfestellung anbietet. (C)

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Es wird immer noch Bereiche in den Gemeinden geben, wo man aus Kostengründen nicht zu einer schnelleren Entwicklung kommt. Da sollen **staatliche Förderprogramme** zusätzlich eingestellt werden. Die 10 Millionen Euro, die jedes Jahr im Bundeshaushalt dafür zur Verfügung gestellt werden, sind bereits erwähnt worden. Erfreulicherweise sind es immer mehr Länder, die eigene Initiativen und Programme auflegen, durch die diese Mittel ergänzt werden.

Hinzu kommt eine effiziente **Frequenzpolitik**. Dabei kommt es darauf an, dass bei den Versteigerungen, die in diesem Bereich bereits stattgefunden haben oder noch stattfinden werden, darauf geachtet wird, dass da, wo es sinnvoll ist, Ausbauverpflichtungen eingeschrieben werden. Wenn eine Frequenz ausgeschrieben wird, dann muss festgelegt werden, dass derjenige, der diese Frequenz hat und die Technologie entsprechend ausbaut, verpflichtet wird, bestimmte Gemeinden, die bisher noch nicht versorgt sind, mit anzuschließen. Das haben wir bereits bei den WBA-Frequenzen gemacht, deren Versteigerung 2006 begann.

Das Stichwort **digitale Dividende** spielt dabei auch eine Rolle. Hier geht es um Rundfunkfrequenzen, die sich besonders für Funktechnologien eignen, weil sie in einem niedrigen Frequenzbereich sind und deshalb relativ kostengünstig ausgebaut werden können. Da müssen wir ganz genau gucken, welche technischen Möglichkeiten es gibt, sicherzustellen, dass auf der einen Seite die Bedürfnisse und Entwicklungschancen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des Rundfunks insgesamt gewahrt werden, dass aber auf der anderen Seite das, was an Frequenzgewinn durch die Digitalisierung herauskommt, für den Breitbandausbau genutzt werden kann. Diesbezüglich gibt es zum Beispiel ein interessantes Pilotprojekt in Berlin-Brandenburg. Diese Ergebnisse müssen abgewartet werden. Dann wird man sehen, wie man dort vorankommt. (D)

Ich möchte ein Thema aufgreifen, das in dem Antrag der Linken, aber auch von den Grünen genannt wird, nämlich den Universaldienst. Bisher sieht die EU ja Universaldienst nur in bestimmten Bereichen vor, nicht im Bereich der Breitbandinternetanschlüsse, weil dort in der Vergangenheit die Nutzungshäufigkeit noch nicht so hoch war, dass die Voraussetzungen der Richtlinie erfüllt waren. Wir haben aber mit einer Diskussion in der EU zu rechnen. Die Große Koalition sagt dazu: Wenn die Kommission in ihrem Grünbuch, das demnächst möglicherweise erstellt wird, zu einer entsprechenden Empfehlung kommt, dann unterstützen wir eine Änderung der Universaldienstrichtlinie, und zwar dergestalt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, den Universaldienst auch auf Breitbandinternetanschlüsse auszudehnen. Dann sollen sie auch die Möglichkeit erhalten, die Kosten auf die Unternehmen umzulegen. Ich betone aber noch einmal: Das ist das letzte Mittel. In diesem Bereich wird immer noch entwickelt, und es gibt technologische Fortschritte. Es wäre doch unvernünftig,

Martin Dörmann

- (A) wenn wir eine Bürokratie schaffen würden, die erhebliche Verwaltungskosten zur Folge hätte, ehe wir alle anderen Chancen ausgelotet haben.

(Martin Zeil [FDP]: So ist es!)

Ich habe gerade einige dieser anderen Bereiche genannt, die Frequenzpolitik zum Beispiel. Der Wettbewerb steht hier an erster Stelle. Wir haben die Hoffnung, dass unser Ziel einer **flächendeckenden Versorgung** mit Breitbandanschlüssen in den nächsten Jahren erreicht werden kann. Wir sagen aber genauso klar: Da unser Ziel so wichtig ist und es im Interesse aller Menschen und Regionen liegt, dass wir dieses Ziel erreichen, können wir die Umlage als letztes Mittel nicht ausschließen. Deshalb wollen wir eine Änderung der EU-Richtlinie erreichen.

Ich komme zum Schluss noch einmal auf die Anträge der Opposition zu sprechen:

Ich habe bereits gesagt, dass der FDP-Antrag nur die Information anspricht, sozusagen schmalbandig ist. Aus meiner Sicht ist das die Grundlage, aber noch nicht die Lösung.

Der Antrag der Linken ist unternehmensfixiert und beschränkt sich auf die Universaldienstrichtlinie. Sie haben nicht erkannt, dass die technologische Entwicklung den Wettbewerb interessant werden lässt, und zwar vor allem für den ländlichen Raum. In den nächsten Jahren werden uns Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die wir in der Vergangenheit nicht hatten.

- (B) Zu dem Antrag der Grünen kann ich sagen – die beiden anderen Oppositionsfraktionen könnten daraus etwas lernen –: Die Grünen haben unseren Antrag fast abgeschrieben.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das sind alte, rot-grüne Bande!)

Das erkennt man schon an der Gliederung. Unser Antrag stand ihnen ja auch frühzeitig zur Verfügung. Deswegen habe ich bis auf einige Nuancen wenig daran auszusetzen. FDP und Linke könnten da also von den Grünen lernen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mit ihrem Antrag hat die Große Koalition ein umfassendes Maßnahmenbündel vorgelegt, um den flächendeckenden Breitbandausbau in Deutschland voranzubringen. Wir wollen die „digitale Kluft“ überwinden und auch in den ländlichen Regionen eine gute **soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung** ermöglichen. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft kann Deutschland seine Wachstumschancen nur so umfassend und nachhaltig nutzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Sabine Zimmermann von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Zimmermann (DIE LINKE):

(C)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dörmann, Sie haben gesagt, dass wir in den nächsten Jahren eine Lösung finden werden. Ich denke, wir brauchen jetzt eine Lösung; denn die Menschen, die keinen Anschluss haben, sind jetzt und nicht erst in einigen Jahren davon betroffen. Sie müssen jetzt damit leben.

(Beifall bei der LINKEN – Martin Dörmann [SPD]: Dann beschließen Sie einmal ein Gesetz!)

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat im letzten Jahr zusammen mit anderen an die Politik einen Appell gerichtet. Darin heißt es: „Breitbandkluff in Deutschland überwinden“. 5 bis 6 Millionen Menschen in Deutschland haben keinen Zugang zu einem schnellen Internetanschluss. Das verstößt aus unserer Sicht gegen das Grundgesetz, das die **Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen** vorsieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Große Koalition hat das Problem anfangs etwas verniedlicht. Im letzten Jahr hat sie endlich einige Informationsveranstaltungen durchgeführt. In diesem Jahr hat sie sogar Förderprogramme aufgelegt. Das kann aber nicht die Lösung des Problems sein. Wir haben es hier eindeutig mit **Marktversagen** zu tun, und deshalb muss der Gesetzgeber eingreifen.

Die Linke fordert einen Zugang zum schnellen Internet für alle. Er gehört in den Katalog der **staatlich garantierten Grundversorgung**. Die Schweiz hat diesen Schritt bereits getan. Auch in Deutschland ist das möglich, wenn die Politik das wirklich will.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen es, dass sich die Regierung endlich des Problems der „digitalen Spaltung“ annimmt. Im Antrag der Koalition heißt es allerdings sehr allgemein:

Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes von grundlegender Bedeutung.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Union und der SPD: Wer von Ihnen hat sich vor Ort wirklich sachkundig gemacht,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Gustav Herzog [SPD]: Was? Das sage ich Ihnen gleich!)

wie viele Menschen keinen schnellen Internetzugang haben?

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

– Wir haben schon mit vielen Bürgerinitiativen gesprochen.

Sie verlangen von den Menschen immer mehr Flexibilität bei der Arbeitssuche. Aber Hunderttausende haben für die Jobsuche keinen schnellen Internetzugang.

Sabine Zimmermann

- (A) Sie reden davon, den Bäckermeister oder den Handwerker vor Ort zu unterstützen. Aber Zehntausenden fehlt ein schneller Internetzugang für ihre Geschäftstätigkeit.

Ich komme jetzt – Herr Dörmann, vielleicht hören Sie mir zu – auf einen konkreten Fall zu sprechen. In Sachsen gibt es den Ort Leukersdorf. Dort lebt ein junger Mann mit Muskelschwund, der gerade seinen Schulabschluss machen will. Diese Krankheit fesselt ihn an den Rollstuhl. Er würde gerne Bürokaufmann lernen und hat sogar ein Berufsbildungswerk gefunden, das es ihm ermöglicht, Therapie und Ausbildung miteinander zu kombinieren; denn die Ausbildung kann übers Internet gemacht werden. Das einzige Problem: Leukersdorf hat keinen schnellen Internetzugang. Der ist aber für die Videokonferenzen im virtuellen Klassenzimmer nötig. Bekommt der Ort nicht in den nächsten Monaten einen Anschluss mit schneller Übertragungsrate, heißt das für den Jugendlichen, dass er keinen Ausbildungsplatz hat. Ich weiß nicht, ob Sie das wollen.

Es ist höchste Zeit für ein **flächendeckendes Angebot**. Das Wirtschaftsministerium hat in dieser Woche auf der CeBIT einen Maßnahmenkatalog für eine flächendeckende Breitbandversorgung vorgestellt. Das ist zunächst zu begrüßen. Der Druck aus den Kommunen und von zahlreichen Bürgerinitiativen scheint doch etwas bewirkt zu haben. Die Linke unterstützt alle Initiativen, die helfen, diese weißen Flecken endlich verschwinden zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Weitere Informationsveranstaltungen, bessere Daten und eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen sind nicht falsch. Es ist immer gut, wenn man miteinander redet. Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus, weil sie dem Grundproblem nicht abhelfen. Telekommunikationsunternehmen gehen nach einem rein betriebswirtschaftlichen Kalkül vor. Sie schauen lediglich nach dem Gewinn. Dieser ist eben eher in den dicht besiedelten Ballungsgebieten als im ländlichen Raum zu machen. Ein Vertreter der Telekom hat im Wirtschaftsausschuss dazu erklärt, ein flächendeckender **Ausbau des DSL-Netzes** stoße an die Grenze des ökonomisch Machbaren. Nicht großartig anders verhält es sich bei **Alternativtechnologien**, die Sie angesprochen haben, etwa die Verbindung über Funk. Mal abgesehen davon, dass diese Techniken auch teuer sind und auch gegenüber DSL oftmals in Leistung und Kosten nicht gleichwertig sind, gibt es auch dort betriebswirtschaftliche Grenzen.

Nun kann man Förderprogramme auflegen, wie dies der Bund tut, um die Unternehmen zum Breitbandausbau zu bewegen. Aber eines ist höchst problematisch: Der Steuerzahler finanziert den Ausbau in der Fläche, und die Unternehmen streichen den Gewinn in den Ballungszentren ein. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Allein die Deutsche Telekom hat aus ihrem Gewinn im letzten Jahr 3,4 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet. Ich meine, mit diesem Geld hätte man besser

- zahlreichen Dörfern einen Anschluss mit hoher Übertragungsrate finanzieren sollen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte fest: Wir haben es bei der fehlenden **Breitbandversorgung im ländlichen Raum** mit Marktversagen zu tun. Der Gesetzgeber muss einschreiten, hält er an dem Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland herzustellen, fest. Die Linke hat in ihrem vorliegenden Antrag einen einfachen und leicht umsetzbaren Vorschlag gemacht. Wir wollen den schnellen Internetzugang in die staatlich garantierte Grundversorgung aufnehmen. Dazu muss lediglich der sogenannte **Universaldienst** im Telekommunikationsgesetz durch einen entsprechenden Spiegelstrich ergänzt werden.

Wenn nun die Grünen vorsichtig ein Stück von ihrer blinden Marktgläubigkeit abweichen und eine Universaldienstverpflichtung als Ultima Ratio nicht mehr ausschließen, ist das ein weiteres Zeichen dafür, dass die Linke wirkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Bundesregierung hat noch im letzten Jahr die Ausweitung des Universaldienstes strikt abgelehnt. Nun will die Große Koalition – Herr Dörmann, Sie haben es gesagt – schauen, was auf der europäischen Ebene passiert.

Ich komme zum Schluss. Heute, im 21. Jahrhundert, muss ein schneller Internetanschluss her. Er gehört zur Grundversorgung. Es darf nicht länger gezögert werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Grietje Bettin von Bündnis 90/Die Grünen.

Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich einmal eine Karte von Deutschland vor, die die **Versorgung mit schnellem Internet** zeigt. Dann können Sie im Westen zumindest ein Spinnennetz erkennen, in Ostdeutschland jedoch noch ganz viele weiße Flächen, einmal abgesehen von den großen Städten. Aber auch auf dem platten Land im Westen sieht es nicht besser aus. In meinem schleswig-holsteinischen Zuhause muss ich für das schnelle Internet viel mehr Geld zahlen als hier in Berlin. In vielen Regionen, zum Beispiel an der Schlei, ist das schnelle Internet nicht einmal verfügbar.

Die Probleme sind uns allen klar; das ist deutlich geworden. Zum einen die privaten Haushalte, zum anderen aber auch die Wirtschaft haben Probleme, wenn sie nicht an das schnelle Internet angeschlossen sind. Wir müssen für mehr **Zugangsgerechtigkeit** und für mehr Teilhabechancen für alle sorgen. Das wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen.

4 Millionen Haushalte ohne schnelles Internet – das sind zu viele. Wer in den weißen Flecken wohnt, kann

Grietje Bettin

- (A) zum Beispiel seine Steuererklärung nicht über Elster machen, kann sich die Tagesschau nicht online ansehen und kann bei Onlineauktionen nicht mitbieten. Die **Wirtschaft** hat ein Problem. Die kleinen und mittleren Unternehmen machen einen großen Bogen um die **digitale Provinz**. Sie brauchen schnelles Internet, um mit den Kunden und Händlern in Kontakt zu treten. Auch der **Tourismus** ist stark betroffen. Viele Unternehmen wandern ab; dadurch fallen Arbeitsplätze weg.

Ich finde, dass die Regierung bei diesem Thema zu lange untätig war. Selbst in Südkorea haben fast doppelt so viele Menschen schnelles Internet wie hierzulande. Dänemark und Finnland sind uns natürlich wieder einmal weit voraus. Es kann der Regierung aber nicht egal sein, dass zum Beispiel Internetstudiengänge oder elektronische Verwaltung den Menschen verschlossen bleiben, die in diesen Regionen wohnen. Die Aufgabe ist klar. Wir müssen den **ländlichen Raum** ganz schnell flächendeckend an das High-Speed-Internet anschließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem Antrag der Großen Koalition. Kollege Dörmann, wir konnten gar nicht von Ihnen abschreiben, weil Sie den Antrag erst gestern eingebracht haben.

(Martin Dörmann [SPD]: Er lag Ihnen schon vorher vor!)

Von daher kann ich nur sagen: Ihr Antrag enthält gute Ideen, aber viele Punkte werden nicht zu Ende gedacht.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Mein Antrag!)

- (B) – Dein Antrag, Martina, okay.

Manche Forderungen sind wachweich; das zwingt die Regierung zu nichts. Da ist unserer Meinung nach nicht viel Musik drin. Am Ende ist mit diesem Antrag nicht garantiert, dass jeder einen Anschluss bekommen kann.

Zu dem Antrag der FDP. Das Motto der FDP lautet wieder einmal: Jeder denkt an sich, dann ist an alle gedacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Der Markt werde alles von selber regeln. Das ist in dieser Frage Quatsch, weil der Markt zum Beispiel in Wustrow in Brandenburg gar nichts regelt. Ihr Motto lautet wieder einmal: Wer auf der Strecke bleibt, hat wettbewerbspolitisch Pech gehabt. Deshalb ist der Antrag nicht so toll, wie Sie ihn hier beschreiben wollen, Kollege Otto.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem Antrag der Linken. Auch hier lautet wieder einmal klassisch das Motto: Freibier für alle und die Wirtschaft soll dafür zahlen. Aber wenn die Wirtschaft dafür zahlt, müssen es am Ende die Kunden bezahlen. Das ist nun einmal so. Das kann nicht unser Ziel sein. Außerdem würden die Unternehmen sicherlich dagegen klagen. Das würde aus unserer Sicht den Ausbau eher verzögern, als ihn zu beschleunigen.

Was steht in unserem Antrag? Wir fordern ein schlüssiges Gesamtkonzept. (C)

(Martin Zeil [FDP]: Das ist gut, aber Sie haben keins!)

Wir brauchen erstens eine **Datenbasis** mit den genauen Informationen, wo das schnelle Internet in Deutschland noch fehlt. Dann können die Unternehmen systematisch in diesen Regionen investieren. Der Breitbandatlas reicht nicht aus; das wurde schon angesprochen.

Wir brauchen zweitens eine gemeinsame Plattform, die über die möglichen **Fördermittel** endlich **Transparenz** schafft; denn heute ist sehr unübersichtlich, wer welches Geld bereitstellt. Dann können die Gemeinden die Mittel nutzen.

Drittens brauchen wir eine neue Strategie zum Einsatz von Geldern. Geld ist vorhanden. Herr Tiefensee hat 13 Milliarden für den **Ausbau von Infrastruktur** zur Verfügung. Wir müssen davon Mittel von der Straße auf die schnelle Datenautobahn umschichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen die Daten endlich zu den Menschen und nicht umgekehrt.

Wir setzen in unserem Antrag eine Frist: Wenn bis zum Jahr 2009 nicht alle Haushalte ans schnelle Internet angeschlossen sind, dann muss man auf EU-Ebene eine **gesetzliche Verpflichtung** angehen. Das wurde schon angesprochen. (D)

Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass die gesetzliche Verpflichtung nicht zu starr ausgestaltet wird. Denn es muss unbedingt verhindert werden, dass es wieder automatisch so ist, dass der Monopolist den Ausbau der Breitbandinfrastruktur übernimmt. Das würde unserer Meinung nach mit Sicherheit auch die Kosten in die Höhe treiben. Stattdessen setzen wir in dieser Frage zunächst einmal auf den **Wettbewerb**. Es sollten sich viele Unternehmen um den Ausbau der Infrastruktur bewerben können. Dadurch könnten die Kosten gesenkt und die für die jeweilige Region beste Lösung befördert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

Die bisherige Debatte hat deutlich gemacht, dass wir uns im Ziel eigentlich einig sind. Wie meine Argumente belegen, könnten wir die weißen Flecken mit einem guten Konzept wirklich zügig beseitigen und dadurch die digitale Spaltung in Deutschland endlich stoppen. Erst wenn wir das erreicht haben, hat Deutschland die nötige Basis für eine **Wissens- und Informationsgesellschaft** geschaffen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU])

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Die Taskforce!)

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema, über das wir gerade diskutieren, ist interessant. Wir alle beschäftigen uns damit. Wir überholen uns in unseren Bemühungen gerade gegenseitig, und das gewissermaßen in Breitbandgeschwindigkeit. Lassen Sie mich für die Bundesregierung einige ganz konkrete Punkte vortragen, an denen wir derzeit arbeiten und die deutlich machen, wie flott wir bei diesem Thema vorankommen können.

Zunächst einmal möchte ich sagen: Wir sind gar nicht so schlecht aufgestellt. Allein im letzten Jahr wurden in Deutschland 5 Millionen neue Breitbandanschlüsse bereitgestellt. Bei einem **Vergleich der fünf größten EU-Länder** liegt Deutschland hinsichtlich der DSL-Penetration auf dem ersten Platz und hinsichtlich der Gesamtpenetration auf dem zweiten Platz. In den letzten zwei Jahren kam es in Deutschland zu den größten Zuwächsen unter allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es ist also etwas passiert.

(B) Trotzdem haben 8 bis 10 Prozent der Haushalte und der mittelständischen Unternehmen, die in der Fläche verteilt sind, noch nicht die Möglichkeit, qualitativ befriedigende Breitbanddienste zu nutzen. Deswegen ist das Thema, über das wir reden, wichtig. Es ist für den Mittelstand und unter partnerschaftlichen Gesichtspunkten relevant. In diesem Zusammenhang geht es nämlich auch um die Stichworte Mitwirkung, Rechte und Möglichkeiten der Zivilisation. All das ist von großer Bedeutung.

Es wurde angeregt, wir müssten die Datenlage verbessern. Ja, das stimmt. Der von uns ins Leben gerufene **Breitbandatlas** ist zwar eine intelligente Möglichkeit, unbürokratisch Daten zu sammeln. Das allein reicht aber nicht aus. Wir können jetzt allerdings besser beschreiben, was zu tun ist. Da wir wissen, dass etwa 10 Prozent der Fläche Deutschlands noch nicht hinreichend abgedeckt sind, ermitteln wir die Daten aus genau diesen Regionen; die Bundesregierung hat dazu ein sehr ambitioniertes Programm aufgelegt. Dabei arbeiten wir mit den betroffenen Kommunen zusammen. Die Kommunen werden uns alle relevanten Daten zur Verfügung stellen, und wir werden sie ganz präzise sammeln. Ich denke, dass wir diesen Schritt in einigen Monaten abschließen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Martin Zeil [FDP])

Dann haben wir das geschafft, was übrigens auch die FDP gefordert hat: Dann haben wir unsere Datenlage so verbessert, dass wir handeln können.

Wir wollen die Lösung dieses Problems auf technische Weise angehen; in diesem Zusammenhang spielt übrigens auch die CeBIT eine Rolle, die ich gerade zwei Tage besucht habe. **(C)**

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Was? Sogar zwei Tage?)

– Ja. Ich bin länger geblieben, weil ich noch etwas zu erledigen hatte. – Wir haben überprüft, welche Möglichkeiten es gibt. Es ist sehr eng und gewissermaßen öffentlich-rechtlich gedacht, bei einer Lösung zu bleiben und deshalb die Potenziale, die andere Lösungen haben, nicht zu nutzen.

(Beifall des Abg. Martin Zeil [FDP])

Wir haben eine **Vielzahl von Best-Practice-Beispielen** vorgestellt. Dabei geht es um 24 konkrete Strukturen, die in die verschiedenen Gemeinden passen. Wir sagen ganz klar, wie das funktioniert. Es gibt Lösungen von 1 bis 6 Megabit. So kann man alle Wünsche, die nachgefragt werden, erfüllen. Diese Lösungen haben wir zu erstaunlichen Preisen ermöglicht. Eine **Flatrate** beispielsweise kostet 15 bis 30 Euro pro Anschluss. Dieser Preis ist im Vergleich zu den Preisen im DSL-Netz absolut wettbewerbsfähig. Deswegen wäre es töricht, wenn wir hohe Investitionen in Kauf nehmen würden, obwohl wir unser Ziel genauso günstig und genauso wirkungsvoll mit den Kommunen erreichen können. Das Gebot der Stunde ist, nach der besten Lösung zu suchen.

Es gibt **Funklösungen**, mit denen man für 20 Teilnehmer – das sind Größenordnungen, die auch in entlegenen Gebieten erreicht werden – alles gewährleisten kann, was man braucht, und das zu Preisen, die mit denen der Telekom absolut vergleichbar sind, in guter Geschwindigkeit, in angemessener Menge und mit hoher Qualität. Wir denken, dass wir auch in diesem Bereich Fortschritte erzielen werden, wenn wir mit den Gemeinden intensive Diskussionen führen. **(D)**

Das ist übrigens ein Thema, das wir wirklich mit den **Gemeinden** angehen müssen. Es muss eine subsidiäre Lösung geben. Nicht der Bund zentral kann sagen, wie es wo gehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daher fordern wir die Gemeinden zur Zusammenarbeit auf. Insofern ist der Druck – „Nun kümmert euch darum!“ –, der durch diese Debatte noch einmal erhöht wird, einfach nur wertvoll. Man muss ja nicht auf ein Angebot warten. Man kann auch einmal ein Angebot anfordern. Man kann sich auch einmal mit best practice schlau machen, wie man Angebote anfordern kann und welche technischen Lösungen infrage kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

So funktioniert ein modernes Gemeinwesen, nicht im Rahmen einer fest gefügten Struktur, die gerade bei diesem Medium falsch wäre. Wir werden so viele **technologische Neuerungen** bekommen, an die wir bei unserer heutigen Beschlussfassung noch gar nicht denken, dass es falsch, ja geradezu töricht wäre, den technologischen Prozess auf eine Lösung einzuengen und die Chancen,

Parl. Staatssekretär Hartmut Schauerte

- (A) die sich bei näherem Hingucken rechts und links auf tun, nicht wahrzunehmen.

Ich will zum Schluss kommen und sagen: Wir sprechen hier über ein Thema, das ernst genommen wird und sehr schnell einer Lösung zugeführt werden kann. Ich wäre dankbar, wenn wir bei vielen Problemen, die wir diskutieren, auf der Zeitschiene so vorankommen könnten wie bei diesem Thema. Dies ist ein Thema, bei dem ein Ruck durch das Land gehen kann.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist schon einmal passiert!)

Ich denke, in zwölf Monaten sind wir bei der Schließung der Lücken, über die wir hier gesprochen haben, ein ganzes Stück weiter. Wir müssen allerdings auch sagen: Es wird Ecken geben, extreme Lagen, wo wir mit allgemeinen Lösungen nicht weiterkommen. Das wird auch nicht im Wege der allgemeinen Umlagemethode, im Rahmen der Daseinsvorsorge gelingen. Auch bei der Daseinsvorsorge – wir haben das bei der Abfalltechnik gelernt – gibt es Lösungen, die mit den Netzen nichts zu tun haben, mit denen das Ziel aber erreicht wird.

Ich denke, wir werden eine **Anschlussdichte**, eine Versorgung erreichen, die den Anforderungen gerecht wird. Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundeslandwirtschaftsminister arbeiten sehr engagiert an diesem Thema. Es wäre gelacht, wenn wir das Thema nicht in relativ kurzer Zeit – ich sage noch einmal: binnen zwölf Monaten – im Wesentlichen gelöst haben.

Herzlichen Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Martin Zeil von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Martin Zeil (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir uns nicht nur bei den Zielen einig sind, sondern dass die Menschen und die Betriebe vor Ort endlich auch die Möglichkeiten erhalten, die sie brauchen, um diese Technologie zu nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Dörmann, Sie waren ja geneigt, sich über unseren Antrag etwas zu mokieren. Als Angehöriger einer Fraktion, die mittlerweile fast zehn Jahre an der Regierung ist, wäre ich da nicht so laut; denn Sie haben die Entwicklung zum Teil verschlafen.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt natürlich für die Grünen, die die Entwicklung ebenfalls besser hätten erkennen und fördern können.

Sie haben jetzt **Fördermittel** bereitgestellt. Bezeichnend ist, dass die Mittel aus dem schönen Titel „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

kommen. Das zeigt, mit welcher Geisteshaltung die Regierung an dieses ganz entscheidende Thema offensichtlich herangeht und welchen Stellenwert es für sie hat. (C)

(Beifall bei der FDP – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Was? – Martin Dörmann [SPD]: Es geht doch um die ländlichen Räume!)

Sie sollten auch einmal innerhalb Ihrer Regierung die Zahlen klären. Vielleicht sollte die Taskforce erst einmal den Minister etwas instruieren. Er hat mir nämlich auf meine Frage vor eineinhalb Jahren geantwortet, bei der **Versorgungsquote**, die bei 93 Prozent liege, sollten 98 Prozent erreicht werden. In Ihrem Antrag sprechen Sie nun davon – das ist schon sehr viel realistischer –, dass 45 Prozent der Haushalte einen Breitbandzugang haben.

(Martin Dörmann [SPD]: Die angeschlossenen sind!)

Es wäre also sehr wichtig, dass Sie erst einmal selber den Stand der Entwicklung kennen.

(Beifall bei der FDP – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Bei dem ist etwas durcheinander gegangen!)

Wir brauchen keinen veralteten **Breitbandatlas**. Wir brauchen kein DSL light. Das sind ja gerade die unterversorgten Gebiete.

Was wir brauchen, ist erstens ein **technologieoffener Ansatz**; denn Breitband ist nicht nur DSL, sondern dazu zählen auch – wie wir gerade gehört haben – andere Technologien. Zweitens müssen wir sehen, dass es im Hinblick auf den Abbau der regionalen Unterschiede kein Patentrezept gibt. (D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Zeil, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte?

Martin Zeil (FDP):

Ja, selbstverständlich.

Hartmut Schauerte (CDU/CSU):

Herr Kollege Zeil, Sie haben gerade eine Überprüfung der Zahlen angemahnt. Ist Ihnen bewusst, dass diese beiden Zahlen wie folgt zustande kommen? Die 45 oder 50 Prozent – diese Zahl ist sehr dynamisch – beziehen sich auf die angeschlossenen Haushalte, die den Internetzugang tatsächlich nutzen, die 93 Prozent auf Haushalte, die ihn nutzen können, von dieser Möglichkeit aber noch teilweise keinen Gebrauch machen. Das ist die Differenz, die sich auch nicht bestreiten lässt. Das muss klargestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Martin Zeil (FDP):

Herr Kollege Schauerte, ich zitiere nur aus dem, was Ihr Minister gesagt hat.

Martin Zeil

- (A) (Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Aber es leuchtet Ihnen ein, nicht? – Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

– Da ist sicher etwas dran.

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Herr Kollege, mir geht es um Folgendes: Sie kommen wie viele Kollegen und ich im Lande herum – das hoffe ich jedenfalls – und müssten sich eigentlich fragen, warum das Thema Unterversorgung in solchem Maße an uns herangetragen wird, wenn die Versorgung und Anschlussmöglichkeit angeblich so gut sind. Ich zitiere Ihren Minister noch einmal: Wir haben eine Durchdringung von 93 Prozent, müssen allerdings zwischen den herkömmlichen Anschlüssen und der Breitbandversorgung unterscheiden. – Das sagt Ihr Minister.

(Gustav Herzog [SPD]: Geben Sie es doch zu: Die Zahlen sind falsch!)

Ich wollte auf Folgendes hinaus:

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Sie sollten vielleicht, bevor Sie mit Taskforce und ähnlichen Begriffen neue Erwartungen wecken, in ihrer eigenen Terminologie und in Ihren Aussagen etwas klarer sein.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen hier Wettbewerb auch im Hinblick auf die Technologien. Es hat sich gezeigt, dass wir auf der Ebene der Länder – nicht so sehr auf Bundesebene – eine **Anschubförderung** brauchen; wir sollten die Gemeinden und Betriebe mit dem Thema nicht allein lassen. Dies ist ein klassisches Feld für die Länder. Wir sollten nicht mit der großen Gießkanne herumgehen, sondern mit Programmen und Initiativen, die auf diesem Gebiet zusammenarbeiten, zum einen eine Informationsgrundlage schaffen und zum anderen eine entsprechende Förderung in Gang setzen, allerdings dort, wo man sich damit auskennt, nämlich in den Ländern.

Angesichts der zahlreichen und ständig wachsenden Vorteile der modernen Internetkommunikation muss das bestehende Gefälle zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Gebieten dringend eingeebnet werden; die Breitbandkluft muss überwunden werden. Wir brauchen keine weiteren Breitbandkongresse, runden Tische und Informationsbroschüren. Wir brauchen auch keine geschönten, sondern verlässliche Daten. Es muss schnell und konstruktiv in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden gehandelt werden. Nur dann kommen wir hier wirklich nach vorne.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Gustav Herzog von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gustav Herzog (SPD):

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich Sie, Herr Kollege Zeil, so laut klagen höre und sehe, wie Sie mit dem Finger auf uns zeigen, dann habe ich fast den Eindruck, die FDP habe das Telefon erfunden und sei uns in der Diskussion meilenweit voraus.

Wenn Sie, Frau Kollegin Zimmermann, uns allen auf dieser Seite des Hauses unterstellen, wir hätten keine Ahnung, was vor Ort los ist, dann mache ich Sie darauf aufmerksam, dass ich in der vergangenen Woche zusammen mit der Kollegin Westrich in Kaiserslautern einen Breitbandgipfel veranstaltet habe. Statt der 150 angemeldeten Bürgermeister kamen 300; dabei haben wir in ganz Rheinland-Pfalz nur 156 Gemeinden, die noch nicht versorgt sind. Ihre Behauptung, wir wüssten nicht, was los ist, und würden uns nicht darum kümmern, zeigt, wie weit Sie von der Realität entfernt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt, dass sehr viele zu diesem Gipfel kamen. Dies zeigt erstens: Dieses Thema ist vor Ort ein brennendes Problem. Zweitens zeigt es: Wir tun gut daran, uns darum zu kümmern.

Ich will aber auch deutlich machen, dass wir nicht in der digitalen Steinzeit sind. Ich habe mich 1998 gefreut, als ich einen ISDN-Anschluss mit drei Nummern bekam und nicht nur telefonieren, sondern gleichzeitig auch ein Fax empfangen konnte. Das ist gerade einmal zehn Jahre her. ISDN war damals das Nonplusultra der Telekommunikationsversorgung. Damals nannte man diese Form der Übertragung „Breitband“.

(D)

Jetzt gibt es seit ein paar Jahren DSL. Da sind wir im Vergleich zu anderen Ländern in der EU ganz gut im Rennen; der Herr Staatssekretär hat die entsprechenden Zahlen genannt. Der **Wettbewerb** funktioniert, Frau Kollegin Zimmermann. Wir sind im europäischen Vergleich mit Kosten von monatlich etwa 25 Euro für eine 2-MB-Flatrate am günstigsten. In der EU muss man im Durchschnitt 38 Euro pro Monat dafür ausgeben. In Norwegen muss man dafür mehr als 50 Euro zahlen. Diesen hohen Preis habe ich mir so erklärt, dass Norwegen zwar flächenmäßig etwa so groß ist wie die Bundesrepublik, die Bevölkerung sich jedoch über viele dünnbesiedelte Gebiete verteilt. Aber auch in Belgien und Dänemark sind die Kosten für den privaten Anschluss deutlich höher. Bei uns funktioniert also der Wettbewerb. Aber es gibt Gebiete – dies ist das Thema dieser Debatte –, die nicht mit Breitbandanschlüssen versorgt sind. Auch die Menschen dort haben – das wurde hier zu Recht mehrfach gesagt – einen Anspruch auf einen solchen Anschluss. Es ist übrigens die Aufgabe der Kommunalpolitik, für konkrete Lösungen zu sorgen.

Ich will ein ganz banales Beispiel nennen. Mir war die Bedeutung von Leerrohren noch nie so bewusst wie bei diesem Thema; denn all diejenigen Gemeinden im ländlichen Raum, die in den letzten zehn Jahren die Kanalisation, also die Wasserleitung oder sonst etwas, erneuert haben und keine Leerrohre verlegt haben, haben heute ein kleines Problem. Das Graben eines Kanals kostet 50 bis 100 Euro pro Meter und das Verlegen eines

Gustav Herzog

- (A) Fernmeldekabels 5 bis 10 Euro pro Meter, aber das Verlegen eines simplen Leerrohrs, in das man ganz einfach ein Glasfaserkabel einziehen kann, kostet 1 bis 2 Euro pro Meter. Wenn wir die Versorgung mit Breitbandanschlüssen wirklich gewährleisten wollen, dann müssen wir sagen: Es darf nirgendwo mehr gebaut werden, ohne dass diese Voraussetzungen geschaffen werden. Gerade im ländlichen Raum kommt diesbezüglich noch einiges auf uns zu. Wie soll man etwa dafür sorgen, dass zum Beispiel Ärzte im ländlichen Raum bleiben – wir werden dort in den nächsten Jahren eine Unterversorgung bekommen –, wenn sie Probleme haben, entsprechende Anschlüsse zu erhalten, um die Gesundheitskarte auch einsetzen zu können?

In Diskussionen mit Kommunalpolitikern habe ich festgestellt, dass viel Engagement und Fantasie vorhanden sind. In der Gemeinde Breitenbach haben sich mehr als 200 Bürger dazu entschieden, die Versorgung mit Breitbandanschlüssen selbst zu organisieren. Sie stehen kurz vor der Vertragsunterzeichnung. Noch nie waren die Bürgerversammlungen dort so gut besucht. Die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden hat schon auf eigene Kosten eine sehr detaillierte Untersuchung durchführen lassen. Die wollen jetzt dieses Thema ähnlich wie die Stadtwerke in Marburg selbst in die Hand nehmen, also nicht eines der großen Unternehmen bitten, auffordern oder bezahlen.

- (B) Im Bereich der IT wird häufig über Kopierschutz geredet. Wenn es gute Beispiele gibt, sollten wir Wettbewerbe durchführen und sagen: Hier gibt es keinen Kopierschutz. Macht es denen nach, die es gut, richtig, wirtschaftlich und vor allen Dingen schnell geregelt haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Kollegin Krogmann, Sie haben vorhin aufgezählt, was die Bundesregierung alles schon macht. Ich glaube, Sie haben übersehen, dass wir Agrarpolitiker – einige sind ja da – in den Haushalt 10 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eingestellt haben. Herr Kollege Zeil, Sie sollten sich einmal mit Ihren Agrarpolitikern unterhalten, was Entwicklung im ländlichen Raum bedeutet. Da sind wir die richtige Adresse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Wer? – Martin Zeil [FDP]: Es geht doch nicht um Küstenschutz!)

Das wird nicht abgewertet, sondern es ist unsere originäre Aufgabe, für den ländlichen Raum zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wie gut das ankommt, kann ich für das Land **Rheinland-Pfalz** sagen, das unser Angebot schon sehr konkret umgesetzt hat und in den nächsten fünf Jahren selbst 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird. Bei der Landesregierung wird es einen Beauftragten geben, bei dem sich alle Interessierten entsprechend informieren können, was die besten Lösungen sind. Rheinland-Pfalz

- wird eine Internetplattform schaffen, auf der die guten Beispiele präsentiert werden. (C)

Ein paar Sätze noch zu den Anträgen der Opposition. Auf die Textbausteine, die in einem Antrag der Opposition stehen müssen – die Bundesregierung tut zu wenig bzw. tut nichts –, möchte ich jetzt nicht eingehen.

Ich muss anerkennen, dass sich die FDP ein Hintertürchen offengehalten hat, nämlich dass, sollten die marktwirtschaftlichen Lösungen ausgeschöpft sein, über eine gesetzliche Regelung nachgedacht werden könne.

(Martin Zeil [FDP]: Das ist das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft!)

Das ist weitsichtig von Ihnen.

Der Antrag der Linken geht an der Realität vorbei. Sie haben eindrucksvoll ein Beispiel geschildert. Aber ich muss Ihnen sagen: Es ist nicht so, dass, wenn der Deutsche Bundestag heute ein entsprechendes Gesetz beschließt, die betreffende Person in wenigen Wochen einen Breitbandanschluss hat. So etwas kann nur jemand sagen, der in einem Land aufgewachsen ist, wo man glaubte, alles mit Gesetzen regeln zu können.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Aber wie war es denn in diesem Land? Nichts ist geschehen! Nicht einmal Telefon haben die Leute bekommen!)

- Man kann es sich auch nicht so einfach machen, zu sagen, dass die großen Unternehmen große Gewinne machen. Schauen Sie sich doch die Situation an: Die Telekom verdient da nicht das große Geld. Bei den Breitbandanschlüssen herrscht ein ultraharter Wettbewerb; dies bringt das eine oder andere Problem mit sich. (D)

Zu den Grünen. So ganz haben Sie doch nicht bei uns abgeschrieben; denn ich habe einen Widerspruch bei Ihnen entdeckt – vielleicht können wir den in der Ausschussberatung auflösen –: Sie lehnen Funk ab, fordern aber, über alternative Lösungen zu informieren. Vielleicht müssen Sie zunächst mit sich selbst ins Reine kommen.

Der Antrag der Großen Koalition ist eine gute Grundlage für die weitere Beratung. Ich denke, wir werden zu guten Lösungen kommen. Das erwarten die Menschen von uns zu Recht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich dem Kollegen Klaus Hofbauer von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hier ist bereits eindrucksvoll geschildert worden, welche Bedeutung die Breitbandversorgung hat.

Klaus Hofbauer

- (A) Haben wir uns beim Ausbau der Infrastruktur unseres Landes in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Autobahnen konzentriert, müssen wir den Schwerpunkt jetzt darauf setzen, dass auch die Datenautobahnen entsprechend ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Staatssekretär, Sie haben in eindrucksvoller Art und Weise dargestellt, was schon geschieht. Ich möchte der Bundesregierung bestätigen, dass wir bei der Datenautobahn bereits auf der Überholspur sind und weitere Fortschritte erzielen. Als ich meine Rede konzipiert habe, bin ich davon ausgegangen, dass wir das Problem der Breitbandversorgung binnen drei Jahren lösen. Sie haben mich überholt, Herr Staatssekretär, indem Sie angekündigt, dass dies bereits innerhalb des nächsten Jahres geschieht. Wir werden alles daransetzen, dass die Breitbandversorgung in den nächsten zwei, drei Jahren auch in der Fläche gewährleistet ist. Sie ist für den ländlichen Raum von entscheidender Bedeutung. Bisher ist der ländliche Raum hier benachteiligt. Dies muss behoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur folgende Punkte – das ist schon gesagt worden –: Wir brauchen den **Wettbewerb der Anbieter**. Ich habe den Eindruck, dass sich auf dem Breitbandmarkt etwas bewegt, seit das Thema diskutiert wird und verschiedene Initiativen ergriffen worden sind. Ich glaube, wir können hier einiges erreichen. Die Anbieter dürfen aber nicht, auch wenn das bei privaten Anbietern selbstverständlich ist, den wirtschaftlichen Faktor in den Mittelpunkt stellen. Sie haben auch eine Verantwortung für den ländlichen Raum. Sie tragen Verantwortung für die Erschließung unseres Landes mit Breitbandanschlüssen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des
Abg. Gustav Herzog [SPD])

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich sagen, dass entscheidende Impulse von unseren Ministern Michael Glos und Horst Seehofer ausgegangen sind.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Seehofer?)

Sie haben das Thema aufgegriffen und Konzepte und Strategien entwickelt.

Ich halte es für gut, dass die Breitbandversorgung Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe GAK ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die vorhandenen Mittel werden nicht reduziert; vielmehr sind die Mittel erhöht worden. Deswegen werden wir auch zukünftige Möglichkeiten nutzen können. Ich glaube, dass dies ein Erfolg wird.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein **Pilotprojekt** konzipiert, für das sechs Gemeinden ausgewählt wurden, in denen das Projekt umgesetzt werden soll. Damit sind sehr große Chancen verbunden, weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

Eine der Gemeinden liegt Gott sei Dank in meinem Wahlkreis.

(Gustav Herzog [SPD]: Ich hätte auch gerne eine!) (C)

– Das haben Sie aber zu spät gemeldet. –

(Gustav Herzog [SPD]: Ich bin in der falschen Partei!)

Besonders wichtig ist bei diesem Pilotprojekt die Zusammenarbeit der Kommunen. Im ländlichen Raum kann die Umsetzung nicht separat in der jeweiligen Kommune erfolgen; vielmehr sind Zusammenschlüsse notwendig. Ich halte das für den entscheidenden Punkt: Die Gemeinden müssen zusammenarbeiten, eine gemeinsame Bestandserhebung und eine Ausschreibung durchführen, in der kein bestimmtes System vorgeschlagen wird, sondern die es den Anbietern ermöglicht, eigene Innovationen einzubringen. Ich bin überzeugt, dass wir damit etwas für den ländlichen Raum erreichen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Unser gemeinsames Ziel muss erstens darin bestehen, die ländlichen Räume in einem überschaubaren Zeitraum – ich sage es jetzt einfach so, Herr Staatssekretär: in den nächsten zwei, drei Jahren – flächendeckend zu versorgen.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Ein Jahr, hat er gesagt! – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Zwölf Monate, hat er gesagt!)

– Warten wir ab, was dazu im Protokoll steht.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Zwölf Monate sind ein Jahr!)

– Dann einigen wir uns auf ein Jahr. Ich bin sehr optimistisch. Wer hätte vor einem halben Jahr oder Dreivierteljahr geglaubt, dass wir so weit kommen würden? (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zweitens sind der Wettbewerb der Anbieter und das Verantwortungsbewusstsein für den ländlichen Raum notwendig.

Drittens möchte ich ausdrücklich die Kommunen in die Pflicht nehmen. Wir brauchen gemeindeübergreifende Konzepte. Alleine wird eine Kommune nicht zu recht kommen.

Viertens sollten wir uns auch bewusst sein, dass die vorhandenen finanziellen Mittel nicht ausreichen. Insofern müssen wir den Schwerpunkt auch auf die Finanzen setzen.

Abschließend stelle ich fest, dass wir auf einem guten Weg sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/8381, 16/7862, 16/8195, 16/8372 und 16/8374 an die in der Tagesordnung aufgeführten

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 a bis 24 d auf:

- 24 a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Ulrich Maurer, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020

– Drucksachen 16/3581, 16/5418 –

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Erhöhung von Transparenz und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes für die ostdeutschen Bundesländer

– Drucksache 16/7567 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

(B)

Errichtung einer Großforschungseinrichtung in den neuen Ländern

– Drucksache 16/5817 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ältestenrates zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch und der Fraktion DIE LINKE

Einsetzung eines Ausschusses des Deutschen Bundestages für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen

– Drucksachen 16/130, 16/1220 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Manfred Grund

Zu der Großen Anfrage der Fraktion Die Linke liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Dr. Gregor Gysi von der Fraktion Die Linke das Wort. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage meiner Fraktion macht eine Art Ostblindheit und Desinteresse deutlich, was auch im Bundestag immer wieder zu spüren ist. Ich glaube aber, dass wir uns das in keiner Hinsicht leisten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Vereinigung gab es eine Schwierigkeit, unter der wir noch heute leiden. Es war nämlich keine Vereinigung, sondern ein Beitritt. Das hat Folgen. Es wurde immer nur darüber nachgedacht, welche Folgen das im Osten hat, ob es dort damals vielleicht an Selbstbewusstsein mangelte. Das stimmt, das hatte auch etwas damit zu tun. Aber das Entscheidende war eine Folge im Westen. Da man sich nichts vom Osten abgeschaut hat, da man nicht bereit war, einige Strukturen aus dem Osten im Westen einzuführen, gab es im Zusammenhang mit der Einheit für keinen Menschen in Passau, Kiel oder Frankfurt am Main eine Steigerung der Lebensqualität. Sie haben ein Glas Wein oder ein Glas Sekt getrunken, haben sich gefreut, und seitdem erleben sie, dass es mit ihnen sozial bergab geht und der Osten sich trotz hoher Transferleistungen nicht selbst finanzieren und nicht auf eigenen Füßen stehen kann. Aus ihrer Sicht nörgeln die Ossi herum und wählen komisch. Das ist ihre Einstellung. Dann gibt es noch einzelne Kandidaten, insbesondere aus der Union, die versuchen, auf dieser Schiene Wahlkampf zu machen. Aber das funktioniert nicht. (D)

Jetzt entdeckt Frau von der Leyen, dass an der Krippenstruktur im Osten vielleicht doch etwas dran war. Jetzt sagt man, dass die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten vielleicht gar nicht so schlecht waren. Jetzt erkennt man, dass man die eine oder andere Struktur in den Schulen vielleicht hätte übernehmen können, zum Beispiel die stellvertretende Direktorin oder den stellvertretenden Direktor für außerunterrichtliche Tätigkeiten an jeder Schule. Man hätte das ja anders organisieren können. Aber jemanden zu haben, der außerunterrichtliche Tätigkeiten anbietet und dafür verantwortlich ist, musste doch nicht falsch sein. Herr Althaus – Mitglied der CDU – war dafür zum Beispiel in Thüringen zuständig. Er wird deswegen doch nicht plötzlich sein ganzes Leben bereuen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man hat im Westen keine Strukturen aus dem Osten übernommen, und das hat von Bayern bis Schleswig-Holstein bis heute psychologische Folgen. Ich rede jetzt gar nicht über die Folgen im Osten, sondern über die im Westen. Diese beschäftigen uns nach wie vor.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Eine stellvertretende Direktorin gibt es bei uns!)